

STEIFE BRISE



MITGLIEDERZEITUNG DES SPD-DISTRIKTS EIMSBÜTTEL-SÜD

WINDRICHTUNG GEN SOMMER

Grußwort	1
Drei Fragen an Cornelia Prüfer-Storcks zum Abschied	2
Alle reden, nichts passiert – Mieten steigen seit Jahrzehnten	3
Bericht aus Berlin: Die Grundrente kommt!	5
Aus der Bürgerschaft	6
Aus dem Bezirk	8
Mitmachen	8

IMPRESSUM

Redaktion Steife Brise:

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

Telefon: 040/ 42 32 87 11

Vertrieb: per Email oder Post

Druck:

AufL.: 500

Liebe Genossinnen und Genossen,

es sind bewegte Zeiten. Die Corona-Pandemie hat uns weiterhin fest im Griff und doch gilt es, wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. Im Distrikt steht die Neuwahl unseres Vorstands an. Da wir die gute Tradition der Trennung von Amt und Mandat beibehalten wollen, heißt das, dass Vanessa den Vorsitz nach vier erfolgreichen Jahren schweren Herzens abgeben wird. Auf der Mitgliederversammlung am 29. September werden sich Kristin und Uwe als Doppelspitze um die Nachfolge bewerben und wollen mit Heide als Stellvertreterin und Kai als Kassierer ein hoffentlich schlagkräftiges Team bilden. Falls Ihr schon jetzt Fragen an sie habt, freuen sie sich über Zuschriften und Anrufe!

Und auch auf Bundesebene wurden wichtige Festlegungen getroffen: Die Vorsitzenden haben klar gemacht, dass wir bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr eine Mehrheit diesseits der Union suchen und ein Mitte-Links-Bündnis mit Grünen und Linken anstreben. Zeitgleich wurde Olaf Scholz als Kanzlerkandidat präsentiert. In den Augen der meisten ist dies eine in vielerlei Hinsicht erfolversprechende Mischung, die Hoffnung macht, dass 2021 tatsächlich eine sozial-ökologische Mehrheit möglich ist. Viele haben aber auch Fragen und darüber wollen wir mit Euch auf der Mitgliederversammlung am 25. August diskutieren.

Und schließlich wollen wir uns auch dem Thema Verkehrspolitik zuwenden und am 8. September mit dem neuen Verkehrssenator Anjes Tjarks über seine Pläne und unsere Vorstellungen sprechen.

Drei Fragen an Cornelia Prüfer-Storcks zum Abschied

Liebe Cornelia, kaum hastest Du im Februar verkündet, dem nächsten Senat nicht mehr angehören zu wollen, kam mit der Corona-Pandemie die größte Bewährungsprobe der letzten Jahrzehnte auf Euch zu – und Du als Gesundheitssenatorin im Zentrum der Verantwortung. Wie hast Du die letzten Wochen und Monate im Amt erlebt?

Die ersten drei Monate der Corona-Pandemie haben mich sehr an meinen Einstieg in das Amt der Gesundheitssenatorin 2011 erinnert, als aus dem Nichts die Ehec-Epidemie auftauchte. Wie damals gab es für alle Beteiligten keinen Feierabend und kein Wochenende mehr, die Sorgen um die Entwicklung konnte man nicht abstellen und die Reaktionszeit auf neue Entwicklungen war äußerst knapp. Trotz der Parallelen aber war und ist die Corona-Pandemie eine völlig neue Erfahrung. Noch nie vorher in meiner beruflichen Laufbahn hat die Gesundheitspolitik mit ihren Maßnahmen so tief in die soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Situation des Landes eingegriffen. Es ging nicht nur darum, die richtigen Maßnahmen zur Eindämmung

der Pandemie zu ergreifen, es mussten immer auch die Folgewirkungen auf andere Bereiche abgewogen werden. Bei einer neuartigen Erkrankung, mit der weder die Virologen noch die Politiker Erfahrung hatten, sind das keine leichten Entscheidungen. Mir sind besonders die Besuchsverbote in den Pflegeheimen und die Schließung der Kitas und Schulen schwergefallen. Ich war sehr erleichtert, als zum Ende meiner Amtszeit die Infektionszahlen so weit heruntergegangen waren, dass wir die Maßnahmen weitgehend zurückfahren konnten. Ich hoffe sehr, dass die Menschen vernünftig bleiben, weiter Abstand halten und Masken tragen, damit es nicht wieder zur Schließung aller Einrichtungen kommen muss.

Deine Zeit in Hamburg geht nun leider vorbei. Du hast die Gesundheitspolitik dieser Stadt und weit darüber hinaus geprägt. Wenn Du zurückblickst: Welche Dinge waren Dir besonders wichtig?

Mir war es wichtig, mich als Gesundheitssenatorin immer an den Bedürfnissen und dem Wohl der Patientinnen

und Patienten zu orientieren. Das Gesundheitswesen ist ein Markt von vielen Milliarden Euro und es geht in den Auseinandersetzungen von Krankenkassen, Ärzten, Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen eigentlich immer um Geld. Da ist es gut, einem Kompass zu folgen und sich stets zu fragen: Was brauchen eigentlich die Menschen? Für mich steht fest: sie brauchen eine Gesundheitsversorgung, die unabhängig vom Geldbeutel und von der Krankenversicherung ist. Deshalb bedauere ich es sehr, dass wir es nicht geschafft haben, die Bürgerversicherung einzuführen. Aber ich bin stolz darauf, dass wir mit dem „Hamburger Modell“ das Wahlrecht für Beamte zwischen PKV und GKV eingeführt haben und uns schon viele Länder auf diesem Weg gefolgt sind. Ich habe sehr dafür gearbeitet, die Pflege ganz oben auf die politische Agenda zu setzen, sie im Krankenhaus aus dem Druck der Fallpauschalen zu befreien, mit Personalvorgaben für mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen zu sorgen und mit der „Allianz für Pflege“ die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Ausbildung zu steigern. Für eine sichere

Krankenhausbehandlung haben wir spezielle Qualitätsvorgaben gemacht. Nach wie vor sind die Gesundheitschancen ungleich verteilt und hängen stark von der sozialen Lage ab. Mit dem Morbiditätsatlas, Prävention und Gesundheitsförderung besonders in sozial schlechter gestellten Stadtteilen und den Lokalen Gesundheitszentren wollen wir überall die Gesundheitschancen verbessern. Und nicht zuletzt: Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz, dem Demographiekonzept und dem Hamburger Hausbesuch hat aus meiner Sicht die Seniorenpolitik in den letzten Jahren einen Stellenwert bekommen, den sie vorher nicht hatte.

Kein Abschied ohne Ausblick: Was planst Du für Deine Zukunft, was nimmst Du in Deinem Herzen mit aus Hamburg und was möchtest Du Deiner Nachfolgerin besonders ans Herz legen?

So wie ich meine Ämter nicht geplant habe, lasse ich auch den Ruhestand auf mich zukommen. Ich erlaube mir den Luxus, mich nur für das zu engagieren, was mir besonders am Herzen liegt (siehe oben). Hamburg ist und bleibt für mich die Stadt des Bürgersinns und des ehrenamtlichen Engagements. Dass diese Stadt, dieses Gesundheitswesen gerade in Krisen zu großer Form aufblüht, habe ich in der Ehe-

Zeit genauso erleben können wie in der Corona-Pandemie. Meiner Nachfolgerin Melanie Leonhard wünsche ich in erster Linie viel Glück in ihrem Amt. Ich hoffe sehr, dass die Pandemie bald nicht mehr so beherrschend ist und die Gesundheitspolitiker und -politikerinnen sich wieder stärker um andere Probleme kümmern können. Die Reform der Pflegeversicherung muss dringend angegangen werden, um die Eigenanteile der Pflegebedürftigen zu senken. Hamburg hat dazu schon im letzten Jahr eine Bundesratsinitiative gestartet, die muss wieder auf die Tagesordnung.

Alle reden, nichts passiert – Mieten steigen seit Jahrzehnten

Seit über zwei Jahrzehnten spricht Deutschland über steigende Mieten. Gefühlt erreichen uns täglich neue Horrornachrichten über hohe Mieten in den Städten, doch die Lage verbessert sich kaum. Wer sich davon ein Bild machen möchte, braucht nur die Begriffe „Mietenwachstum“ oder für mehr Würze „Mietenwahnsinn“ zu googeln – Mieter berichten über massive

Mietpreissteigerungen, Gentrifizierung und eine Zunahme der Mietkündigungen aufgrund von Eigenbedarf. Dabei ist es mit wenigen Handgriffen möglich, das Mietenwachstum in den Griff zu bekommen.

**„Klima schaffen, in dem gern gebaut wird“
(Angela Merkel)**

Oft hört man aus der CDU

und der Immobilienwirtschaft das Mantra, es müsse schlicht mehr gebaut werden und man dürfe Investoren nicht verschrecken. Solche Sätzen fallen regelmäßig, um gegen eine stärkere Mietpreisregulierung zu argumentieren. Natürlich brauchen wir ein Klima, „in dem gern gebaut wird“, das ist selbstverständlich. Doch wer sich auf dem Bauen ausruht, lässt die Städter im Stich. Denn erstens gilt die Miet-

preisbremse ohnehin nicht für Neubauten, so dass Investoren risikolos bauen können. Und zweitens ist in vielen beliebten Gegenden kaum Platz mehr vorhanden, um verträglich neu zu bauen. Starke Bauaktivität ist zwar gut, aber sich nur auf das Bauen zu konzentrieren reicht nicht.

Blöd: Je hitziger der Markt ist, desto schwächer die Mietpreisbremse

Aktuell gilt: Die Mietpreisbremse bremst umso schwächer, je angespannter der Wohnungsmarkt ist. Denn je stärker Mieten am Wohnungsmarkt steigen, desto stärker steigen auch die Mietspiegel. Diese Mietspiegel wiederum legen fest, welche Mieten nach der Mietpreisbremse erlaubt sind. Je hitziger der Markt also ist, desto schneller steigt die nach der Mietpreisbremse erlaubte Miete. Eine mögliche ist die Kopplung der Mietspiegel an die Inflation. Dann dürfen Mieterhöhungen in den Mietspiegeln nur noch im Gleichschritt mit der Inflation gehen. Dazu ein Rechenbeispiel: Eine Wohnung in Hamburg, die im Jahr 2001 noch 800 Euro kalt pro Monat kostete, hat sich bis 2017 auf fast 1.160 Euro verteuert. Mit der hier vorgeschlagenen Inflationskopplung würde die Miete nur rund 1.000 Euro betragen – das ist immerhin ein Unterschied von 160 Euro pro

Monat.

Wohnungverschleiß? Lohnt sich für den Vermieter.

Doch damit nicht genug. Die Mietpreisbremse enthält einen weiteren gravierenden Makel. Sie setzt nämlich einen Anreiz für Vermieter, Mietwohnungen verschleiß zu lassen. Das Problem lässt sich wie folgt skizzieren: Nach einer sogenannten „Grundmodernisierung“ sind Vermieter nicht mehr an die Mietpreisbremse gebunden. Eine Grundmodernisierung machen Vermieter in der Regel, nachdem ein Mieter ausgezogen ist und bevor neue Mieter einziehen. Dann dürfen Vermieter die Miete frei festsetzen. Solche Grundmodernisierungen sind grundsätzlich eine gute Sache, weil sie die Wohnungsqualität erhöhen und die Wohnung verbessern. Von der Modernisierung zu unterscheiden ist aber die Instandhaltung. Denn die Instandhaltung hält eine Wohnung funktionsfähig und sichert die Qualität der Wohnung auf dem gleichen Niveau. Mieter zahlen für solche Instandhaltungen ihre Miete. Wenn der Vermieter die Instandhaltungen mit seiner Miete vorfinanziert hat, wie kann dies eine Ausnahme von der Mietpreisbremse begründen - zu Lasten des Nachmieters? Genau das passiert nämlich derzeit an den Ge-

richten. Die Gerichte erlauben unter dem Begriff „instandhaltende Modernisierungen“ die volle Berücksichtigung von Instandhaltungen für eine Grundmodernisierung. Dabei vermischen sie Modernisierung (z.B. dickere Fenster) mit Instandhaltung (z.B. Verstopfte Rohre und morsche Böden). Je weniger ein Vermieter während der Mietzeit die Wohnung pflegt, desto leichter kann der Vermieter später völlig legal die Mietpreisbremse umgehen. Das ist schlecht für die Wohnungsqualität und erlaubt gleichzeitig horrenden Mieten. Durch eine kleine Klarstellung im Gesetz ließe sich dieses Problem beheben.

Fest steht: Die Politik kann den Menschen in angespannten Wohnlagen helfen, dabei auch das Eigentum der Vermieter angemessen schützen und für gute Wohnqualität sorgen. Beides ist möglich, solange keine radikale Partei an der Macht ist. Dieser Artikel zeigt nur einige der vielen Defizite auf, an denen wir ansetzen können. Wir arbeiten in Eimsbüttel derzeit an Reformvorschlägen, um die hier geschilderten Probleme und andere Defizite zu heilen. Wir hoffen, damit Impulse für eine bessere Zukunft der Menschen in Deutschland und eine bessere Zukunft der SPD geben zu können.

Johann-Sebastian Diemann

Bericht aus Berlin: Die Grundrente kommt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war eine einfache Frage der Gerechtigkeit – dennoch mussten wir zehn lange Jahre hartnäckig kämpfen. Jetzt ist es endlich soweit! Vor Beginn der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag die Einführung der Grundrente beschlossen. Ich freue mich sehr, dass dieser sozialpolitische Meilenstein nun Realität ist!

Ab dem 1. Januar 2021 werden rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner von der Grundrente profitieren und eine spürbar höhere Alterssicherung erhalten – ohne Bedürftigkeitsprüfung, sondern bürgerfreundlich und unbürokratisch. Da die organisatorische Umsetzung etwas Zeit benötigt, wird die Auszahlung ab Juli 2021 schrittweise, aber rückwirkend erfolgen.

Der Kerngedanke der Grundrente ist, dass Lebensleistung Anerkennung verdient. Viele Menschen haben ihr Leben lang hart gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt. Wenn sie dann in Rente gehen, haben sie trotzdem wenig im Portemonnaie. Viel schlimmer noch: Sie

kommen kaum über die Runden, weil ihre Löhne so niedrig waren oder sie aufgrund der geleisteten Care-Arbeit nicht in Vollzeit arbeiten konnten. Das ist zutiefst ungerecht. Es geht um Würde, Respekt und Anerkennung. Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, verdient im Alter mehr als Grundsicherung. Deshalb hat die SPD – allen voran unser Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil – gegen die Widerstände der Union angekämpft und die Einführung der Grundrente durchgesetzt.

Ich freue mich, dass ich Hubertus Heil dafür gewinnen konnte, am 11. September von 17 bis 18 Uhr in einer Online-Veranstaltung mit uns über die Grundrente zu diskutieren. Über meine Homepage www.nielsannen.de könnt Ihr die Veranstaltung auch ohne Anmeldung live mitverfolgen. Wenn Ihr Euch aktiv an der Diskussion beteiligen möchtet, könnt Ihr Euch dafür auf meiner Homepage anmelden. Gerne könnt Ihr mir Eure Fragen auch vorab per E-Mail an niels.annen@bundestag.de zukommen lassen.

Die Grundrente ist keine

Sozialhilfeleistung. Im Gegenteil: Sie wird durch eigene Arbeitsleistung erworben. Die Grundrente bekommt, wer mindestens 33 Jahre lang Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt und im Schnitt ein Einkommen zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Erwerbstätigen hatte. Berücksichtigt werden Zeiten, in denen Pflichtbeiträge aufgrund einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer selbständigen Tätigkeit gezahlt wurden. Auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege gehören dazu.

Wir als SPD haben uns dafür stark gemacht, dass dabei keine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt! Niemand soll sein Haus verkaufen oder sein Sparbuch offenlegen müssen. Die Grundrente wird ohne Antrag automatisch ausgezahlt.

Um die Grundrente so zielgenau wie möglich auszugestalten, ist lediglich vorgesehen, dass zusätzliches Einkommen (zum Beispiel eine Pension, Erträge betrieblicher oder privater Vorsorge oder Mieteinnahmen) oberhalb eines Freibetrages auf die Grundrente angerechnet

wird. Der Freibetrag liegt bei 1.250 Euro für Alleinstehende und bei 1.950 Euro für Paare. Berücksichtigt werden dabei auch der steuerfrei gestellte Anteil der Rente und der Versorgungsfreibetrag. Der übersteigende Betrag wird dann zu 60 Prozent auf den Grundrentenzuschlag angerechnet. Erst ab einem Einkommen von 1.600 Euro (Alleinstehende) bzw. 2.300 Euro (Paare) wird zusätzlich das über diesen Betrag hinausgehende Einkom-

men vollständig angerechnet.

Der Beschluss der Grundrente zeigt einmal mehr, dass wir es sind, die in der aktuellen Koalition die Richtung vorgeben und wichtige sozialdemokratische Projekte umsetzen. Auch wenn in den vergangenen Wochen und Monaten die Eindämmung der Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Stützung des Sozialstaates und der Wirtschaft im Mittelpunkt des politischen Handelns stan-

den, haben wir die Grundrente nicht aus den Augen verloren. Im Gegenteil: Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise ist es aus meiner Sicht wichtiger denn je, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein starker Sozialstaat als Partner zur Seite steht.

Herzliche Grüße und gute Gesundheit!

Euer Niels

Aus der Bürgerschaft

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sommerpause der Bürgerschaft ist nun zu Ende und ich möchte in dieser Ausgabe noch einmal mit den aktuellen Themen und einem Appell auf Euch zukommen.

Bürgerschaft im Sommer

Kurz vor den Parlamentsferien haben sich die Ausschüsse der Bürgerschaft formiert. Ich vertrete Euch in den Ausschüssen Schule, Familie und stellvertretend im Ausschuss für Wissenschaft. Mein persönliches Augenmerk liegt außerdem auf dem Bereich Sport. Bei Fragen und Anre-

gungen stehe ich euch besonders in diesen Bereichen zur Verfügung.

Schulbeginn nach den Ferien

Nach den Sommerferien wurde der reguläre Schulbetrieb für alle Klassenstufen wieder aufgenommen. Die Schulen mussten hierbei über ein Hygienekonzept verfügen.

Nach den Ferien starteten 200.000 Kinder aus Hamburg wieder in den Schulalltag. Die Vorschriften sehen dabei u.a. folgendes vor: Der Mindestabstand von 1,50m soll eingehalten werden, möglichst wenige verschiedene Klassen sollen sich auf dem Flur begegnen

und die Räume müssen regelmäßig gut gelüftet werden. Innerhalb des Klassenverbandes muss keine Maske getragen werden. Eltern und schulfremde Personen müssen beim Betreten der Schule eine Maske aufsetzen. Einschulungsfeiern können ebenfalls stattfinden, wenn Mindestabstand und Maskenpflicht (auf Seite der Eltern) eingehalten werden.

Wichtig für Urlaubsrückkehrer: SchülerInnen die aus Risikogebieten zurückgekehrt sind und keinen negativen Corona-Test vorweisen konnten und noch nicht in Quarantäne waren durften die Schule nicht betreten. Dasselbe gilt für kranke Schülerinnen und Schüler sowie für das Lehr-

personal.

Fortschreiten der Digitalisierung an Schulen

Durch die letzten Wochen im Homeschooling wurde noch einmal besonders deutlich, wie dringend aktuelle technische Ausrüstung an Schulen notwendig ist. Zum Teil fehlten den Schülerinnen und Schülern digitale Endgeräte auf denen Schulaufgaben bearbeitet und verschickt werden können. Einigen Schulen war es möglich Notebooks oder Tablets zu verleihen. Um zu vermeiden, dass es hier weiterhin zu Engpässen kommt hat die Schulbehörde zum jetzigen Zeitpunkt bereits ca. 20.000 Notebooks und Laptops bestellt (es sollen insgesamt 39.000 Geräte zur Verfügung gestellt werden). Damit hat die Hamburger Schulbehörde als erstes Bundesland die beste digitale Ausstattung für die Schulen gewährleistet.

Fazit & Ausblick

Für die Familien, die in den letzten Wochen neben ihrer Berufstätigkeit mit Kinderbetreuung und Homeschooling betraut waren, bedeutet der re-

guläre Schulbetrieb eine große Entlastung. Nach wie vor stellen Kinder und Jugendliche laut Studien (u.a. am Zentrum für Infektiologie des Universitätsklinikums Heidelberg) keine Risikogruppe dar und erkranken seltener an Covid-19 als Erwachsene. Dem regulären Schulbeginn ist unter den jetzigen Voraussetzungen mit funktionierendem Hygienekonzept, an das sich alle beteiligten halten müssen, wenig entgegenzusetzen.

Cornern und Feiern in den Bezirken

Mit der Verordnung vom 28.07.2020 hat der Hamburger Senat den Bezirken die Entscheidungsgewalt über bestimmte (Corona-) Maßnahmen zurückübertragen. Bezirke können so schneller an bestimmten Stellen wie beispielsweise dem Kiez oder der Schanze eingreifen und (so die Hoffnung) erneute Infektionsherde minimieren. In den letzten Tagen kam es vermehrt zu Cornern und Menschenmengen vor Lokalen im Bereich der Piazza in der Schanze. Den Abstandsregeln oder das Tragen eines Mundschutzes,

wenn der Abstand nicht gewahrt werden kann, wurde nicht nachgekommen. Unser Appell, unsere Bitte an Euch lautet daher jetzt nicht nachzulassen und weiterhin Rücksicht aufeinander zu nehmen. Für uns alle waren die letzten Wochen anstrengend, die fehlenden sozialen Kontakte, Homeoffice, Homeschooling, neue Hygiene- & Abstandsregeln haben vielen Menschen zugesetzt. Dennoch sind wir in Hamburg, im Vergleich zu anderen Bundesländern noch eher glimpflich durch die Krise gekommen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass das so bleibt!

Nicht nachlassen!

Eure Vanessa
buero@vanessamohnke.de

Weitere Informationen:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/erste-ergebnisse-der-studie-ueber-corona-bei-kindern/>

Aus dem Bezirk

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch an der Bezirkspolitik ist Corona nicht spurlos vorbei gegangen. Zwischenzeitlich hat nur noch der Hauptausschuss getagt, inzwischen tagen die Ausschüsse wieder, allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das ist sinnvoll aber trotzdem sehr schade, weil ja gerade der Austausch mit den Eimsbüttelerinnen und Eimsbüttelern die Bezirkspolitik so spannend und abwechslungsreich macht.

Ich und vielleicht einige von euch werden nach der Sommerpause, soweit es das Infektionsgeschehen zulässt, mit Infoständen im Distrikt als SPD wieder sichtbar werden. Wir sind ja weiterhin die, die sich um die Probleme vor Ort kümmern. Wenn ihr von Problemen hört, lasst es mich auch

gerne wissen. Ich habe meine Ohren ja leider nicht überall.

Thematisch ging es in den letzten Monaten natürlich auch viel um Corona. Wir haben beschlossen, die Sondernutzungsgebühren für Außen gastronomie und Geschäfte dieses Jahr nicht zu verlangen, insgesamt die Flächen dafür vergrößert und einen bezirklichen Nothilfefonds ins Leben gerufen. Und auf dem Fanny-Mendelssohn-Platz kann man jetzt gebrannte Mandeln und Schmalzgebäck kaufen. Daneben läuft gerade nur das Nötigste, weil wir wichtige Entscheidungen eigentlich gerne auf öffentlichen Sitzungen beraten würden. Manche Dinge lassen sich aber nicht aufschieben. Z.B. der Umbau der Waterloostraße wirft seinen Schatten voraus. Hier verläuft die Veloroute 13. Daher wird die Straße umgebaut. Wir

setzen uns für ein Entfernen des Kopfsteinpflaster und eine Verringerung des Durchgangsverkehrs für Autos ein. Wenn ihr dazu Fragen habt, meldet euch gerne.

Zu guter Letzt noch ein kleines Update zum Eppendorfer Weg. Der Vorstoß der grün-schwarzen Koalition, über den ich beim letzten Mal berichtet habe, wurde von der Verkehrsbehörde noch unter Senator Westhagemann abgelehnt. Die Koalition startet jetzt einen neuen Anlauf und hofft, dass der neue Grüne Verkehrsminister Anjes Tjarks das anders entscheidet als sein Vorgänger. Schauen wir mal, was da im Senat bei rauskommt. Ich halte euch gerne weiter auf dem Laufenden.

Bleibt alle gesund und bis hoffentlich ganz bald mal wieder.

Euer Moritz

MITMACHEN

TERMINE

Mitgliederversammlung
Politik aktuell
Dienstag, 25.08.2020, 19 Uhr
Zoom-Meeting

Vorstand
Organisatorisches, Berichte aus
Bürgerschaft und Bezirk
Dienstag, 01.09.2020, 19 Uhr
Zoom-Meeting

Mitgliederversammlung
Im Gespräch mit dem Senator
für Verkehr und Mobilitätswen-
de Anjes Tjarks
Dienstag, 08.09.2020, 19 Uhr
Zoom-Meeting

Mitgliederversammlung
Orga-Wahlen
Dienstag, 29.09.2020
Schule Kielortallee

KONTAKT

Website: <https://eimsbuettel-sued.spd-hamburg.de>

Slack: [esued.slack.com](https://eimsbuettel-sued.slack.com)

Facebook: facebook.com/sp-desued

E-Mail: k.biesenbender@gmail.com